

stoffpreise, insbesondere natürlich der Erdölpreis. Der Preisanstieg der Rohstoffe hat verschiedene Ursachen: Einerseits wirken die starke Nachfrage und das teilweise knappe Angebot preistreibend. Andererseits wurden die Rohwarenmärkte im Gefolge der Finanzkrise für anlagensuchende Mittel jetzt von Neuem auch wieder attraktiv.

Die Bekämpfung der Inflation ist in erster Linie eine Aufgabe der Nationalbank. Sie ist mit der Wahrung der Preisstabilität von Gesetzes wegen beauftragt. Gemäss Bundesverfassung und Nationalbankgesetz macht sie nämlich als unabhängige Zentralbank unsere Geld- und Währungspolitik. Die Nationalbank hat seit Mitte 2004 insgesamt zehn Zinsschritte vorgenommen. Sie hat damit eine umsichtige Geldpolitik umgesetzt, die die Inflation bis jetzt in Schach gehalten hat und gleichzeitig eben auch – und das ist sehr wichtig – die schweizerische Konjunktur nicht abwürgt. Aus heutiger Sicht hat sich die Politik unserer Nationalbank als vorausschauend und richtig erwiesen. Der Bundesrat ist überzeugt, dass die Nationalbank ihren verfassungsmässigen Auftrag auch in den gegenwärtig unruhigeren Gewässern konsequent und umsichtig erfüllen wird.

Stöckli Hans (S, BE): Ich teile im Grossen und Ganzen Ihre Analyse der guten Arbeit der Schweizerischen Nationalbank, hätte aber gerne gewusst, was der Bundesrat bzw. das Finanzdepartement vorsieht, weil die Gefahr einer Inflation offensichtlich wesentlich grösser ist, als man bis vor wenigen Wochen gemeinhin noch angenommen hat.

Merz Hans-Rudolf, Bundesrat: Der Bundesrat hat eine Speerspitze für die Fragen der Inflation, und diese Speerspitze ist und bleibt die Nationalbank, wie ich das vorhin ausgeführt habe. Sie hat für die Preisstabilität entsprechende Instrumente, und sie spielt auf diesen Instrumenten.

Wenn Sie die Frage nach der Politik in der Inflationsbekämpfung stellen, so erinnere ich mich daran, dass das Parlament in den Neunzigerjahren, als ich ihm noch nicht angehörte, in einer ähnlichen Situation ein Inflationsbekämpfungs- und Wachstumsförderungsprojekt angehen wollte. Ich verfolgte damals die Debatte über das Amtliche Bulletin – nicht ohne ein gewisses Amüsement. Es meldeten sich etwa dreissig Rednerinnen und Redner zu Wort. Die Meinungen über die Art und Weise, wie der Staat Wachstum betreiben und vor allem Inflation bekämpfen solle, gingen meilenweit auseinander. Die einen verlangten konjunkturelle Projekte, um die Wirtschaft anzukurbeln, und sagten, man solle Investitionen freigeben. Andere sagten, man könne die Inflation über Investitionen überhaupt nicht in den Griff bekommen; und bis Massnahmen, die man treffe, gesetzlich umgesetzt würden, sei es immer zu spät.

Ich leite daraus ab, dass der Bundesrat gut beraten ist, wenn er sich, wie das jetzt der Fall ist, jedes Quartal von den Spitzen der Nationalbank in direktem Kontakt über die volkswirtschaftlichen Entwicklungen, namentlich auch im Bereich der Inflation und der Zinsen, orientieren lässt. Sollte sich eine Situation einstellen, die aus dem Ruder zu laufen droht – davon sind wir meilenweit entfernt –, können wir das Thema erneut angehen.

08.5168

**Fragestunde.
Frage Stöckli Hans.
Regulierung
der Schweizer Grossbanken
Heure des questions.
Question Stöckli Hans.
Régulation
des grandes banques suisses**

Einreichungsdatum 02.06.08
Date de dépôt 02.06.08

Merz Hans-Rudolf, Bundesrat: Selbstverständlich sind die Lehren aus der jüngsten Bankenkrise zu ziehen. Im regulatorischen Bereich wurden die Diskussionen aufgrund der globalisierten Finanzbranche sinnvollerweise zunächst auf internationaler Ebene geführt: namentlich im sogenannten Financial Stability Forum, einer internationalen Organisation, die zum Teil aus der G10 herausgewachsen ist – die Schweiz ist dort Mitglied –, und dann im sogenannten Basler Ausschuss für Bankenaufsicht. In diesen beiden Gremien ist die Schweiz nicht nur vertreten, sondern bringt sich auch aktiv ein.

Im April dieses Jahres veröffentlichte das Financial Stability Forum Empfehlungen, deren Stossrichtungen der Bundesrat unterstützt. Dazu gehören erstens insbesondere auch Massnahmen zur Verstärkung des Eigenkapitals, zum Beispiel und vor allem für sogenannt komplexe Finanzprodukte, aber zweitens auch Massnahmen zur Verbesserung des Liquiditätsmanagements.

Das EFD prüft diese Empfehlungen nun in Zusammenarbeit mit der Eidgenössischen Bankenkommission und mit der Schweizerischen Nationalbank. Auf welcher Regulierungsstufe am Ende dann Anpassungen nötig sind, das werden diese laufenden Abklärungen zeigen. Aus heutiger Sicht ist auf Gesetzesstufe keine Regulierung nötig beziehungsweise erkennen wir keinen Regulierungsbedarf.

Sodann ist trotz der immensen Verluste und trotz der berechtigten Fragen zum Risikomanagement festzuhalten, dass erstens beide Grossbanken im internationalen Vergleich nach wie vor über eine solide Kapitalbasis verfügen und dass sie zweitens auch die aufsichtsrechtlichen Minimalanforderungen erfüllen. Auch ist unser schweizerisches Banksystem als Ganzes stabil geblieben. Die Bankenaufsicht hat ihren Auftrag also bisher erfüllt. Die Aufsichtstätigkeit, das muss nochmals in Erinnerung gerufen werden, verfolgt als Ziele den Gläubigerschutz, den Anlegerschutz und die Gewährleistung der Funktionsfähigkeit der Effektenmärkte. Sie ist, umgekehrt gesagt, nicht eine Garantie dafür, dass Finanzinstitute verlustfrei bleiben. Die privatwirtschaftlichen Unternehmungen entscheiden in einer marktwirtschaftlichen Ordnung in eigener Verantwortung über ihre Geschäftsmodelle. Wir dürfen aber auch in schwierigen Zeiten das Vertrauen in funktionierende Märkte nicht verlieren.

Stöckli Hans (S, BE): Wann denken Sie, Herr Bundesrat, dass die Beschlussfassung über die vorzukehrenden Regulierungen zwischen der Schweizerischen Nationalbank, der Eidgenössischen Bankenkommission und Ihrem Departement vorliegen wird? In welcher Art gedenken Sie das Parlament über die Resultate dieser Bemühungen zu informieren?

Merz Hans-Rudolf, Bundesrat: Wir wollen nicht die Sache verzögern. Wir sind sehr interessiert, dass das vorwärtsgeht. Aber Sie werden sicher verstehen, dass wir zuerst auch abwarten wollten, wie weit sich diese ganze Krise noch entwickelt. Denn es würde unter Umständen fatale Folgen haben, wenn wir eine solche Entwicklung gleich auch noch mit neuen Regulierungen garniert hätten. Jetzt, kann man